



Wie politisch darf (oder soll) der Sport sein?

Einführung

Am 5. Oktober 2022 fand das 8. WLSB-Wissenschaftsforum zur Fragestellung „Wie politisch darf (oder soll) der Sport sein?“ an der Landessportschule Ruit statt. Für Fachvorträge zum Thema waren Prof. Dr. Volker Schürmann (Deutsche Sporthochschule Köln) und Prof. Dr. Gunter A. Pilz (Netzwerk Sport und Politik) eingeladen.

Mit rund 28 Mio. Mitgliedern in deutschen Sportvereinen bildet der organisierte Sport die zahlenmäßig stärkste Lobby im Vereins- und Verbandswesen und versucht dies auch zu Gunsten seiner Sportuntergliederungen zu nutzen. Der WLSB, als Dachverband für Sportvereine und Sportverbände in Württemberg, steht mit der Landespolitik bezüglich unterschiedlicher Aufgaben und Themen in Kontakt. So wird zum Beispiel alle fünf Jahre der Solidarpakt zwischen Landesregierung und den vier Sportbünden in Baden-Württemberg verhandelt, der eine finanzielle Förderung des organisierten Sports in Baden-Württemberg sicherstellt. Dem Präsidenten des WLSB Andreas Felchle zufolge ist der WLSB auf allen Ebenen der Landes-, Kreis- und Kommunalpolitik aktiv, wobei die kommunale Vertretung in den Gemeinderäten, Kreistagen und Ortschaftsräten noch ausgebaut werden kann, um die Belange der Vereine vor Ort noch besser zu vertreten.

Der WLSB versteht sich dabei nicht nur als übergeordnetes sportpolitisches Steuerungsorgan, dessen Hauptfunktion die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen des Sports in Württemberg ist, sondern äußert sich auch zu aktuellen politischen Ereignissen. Ein Beispiel war im Oktober 2022 ein gemeinsamer offener Brief des WLSB mit 570 Sportvereinen aus Württemberg an den Ministerpräsidenten Kretschmann, in welchem die Unterstützung der Sportvereine des Landes in der aktuellen Energiekrise eingefordert wird. So verstärken die Folgen des Ukrainekriegs potenziell existenzbedrohende Krisendynamiken, die bereits im Zuge der Covid-Pandemie sichtbar wurden und aus Sicht des WLSB sportpolitische Aktivitäten erfordern.

Das Wissenschaftsforum setzte sich vor dem Hintergrund dieser Dynamiken mit der Frage auseinander, wie politisch der Sport überhaupt sein darf bzw. sein soll. Bereits in der Ausgangsdiskussion wurde deutlich, dass sich die Teilnehmer*innen des Wissenschaftsforums darin einig sind, dass es „den Sport“ nicht gibt. Entsprechend kann es keine pauschale Antwort auf die Leitfrage des diesjährigen Wissenschaftsforums geben:



- Bei der Auseinandersetzung mit der Leitfrage ist vielmehr zu berücksichtigen, dass die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns von Sportorganisationen und ihren Repräsentant*innen vom Setting abhängen. D.h., politische Positionierung muss dahingehend differenzieren, ob es z.B. um den Hochleistungssport, den Schulsport oder den Breiten- und Gesundheitssport geht.
- Außerdem macht es einen Unterschied, ob der Sport von gesellschaftlichen und/oder politischen Entwicklungen direkt oder nur indirekt betroffen und selbst politisch steuernder Akteur oder Betroffener allgemeinpolitischen Handelns ist.
- Schließlich ist zu beachten, ob sportpolitisches Handeln der Vertretung und Durchsetzung eigener Interessen dient oder ob es um eine Positionierung zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklungen geht. In diesem Sinne gilt es dabei auch die vom Prinzip her unscharfen und kontextabhängigen Begriffe „politisch Sein/ politisch Handeln“ problemspezifisch klar zu bestimmen (z.B. *Positionierung* zum Ausschluss russischer Sportler*innen von internationalen Wettkämpfen gegenüber *Engagement* für klimaneutrale Sporthallen).

Nach der einführenden Gesprächsrunde hielt der Sportphilosoph Prof. Dr. Volker Schürmann einen Impulsvortrag.

Eingangsimpuls von Prof. Dr. Volker Schürmann

Bereits die Diskussion, was politisch ist und was nicht, hat Konsequenzen. Bevor man sich mit der Frage beschäftigt, ob und wie politisch der Sport sein darf oder soll, müsste man sich daher eigentlich erst einmal fragen, warum diese Frage erstens überhaupt gestellt werden soll, zweitens warum die Beantwortung der Frage so schwierig ist und drittens was bei der Auseinandersetzung mit der Frage auf dem Spiel steht.

Aus dieser Perspektive müsste die Leitfrage des Wissenschaftsforums im Grunde umformuliert werden. So stellt sich nicht primär die Frage, ob und wie der Sport politisch sein darf oder soll, vielmehr ist zu fragen, warum der organisierte Sport überhaupt unpolitisch sein sollte. Dafür sprechen zum einen politisch-pragmatische Gründe und zum anderen Gründe in der Sache. Einerseits darf der Sport keine politische Propaganda betreiben oder parteipolitisch Position beziehen. Der Sport muss außerdem vor politischer Einflussnahme geschützt werden und Neutralität wahren. Andererseits ist Neutralität keinesfalls damit gleichzusetzen, nicht politisch zu sein. So ist in den Satzungen der Verbände und Vereine sowie der olympischen Charta fest verankert, dass sich Sportorganisationen grundsätzlich gegen Unrecht, Diskriminierung, Benachteiligung oder Gewalt jeglicher Form aussprechen. Die praktische Durchsetzung dieser Grundsätze ist zwar unabhängig vom Kerngeschäft eines Vereins zu sehen, ein Sportangebot für Mitglieder bereitzustellen. Durch entsprechende Ergänzungen in der Satzung bezieht der Verein oder Verband allerdings politische Stellung, ohne dabei parteipolitisch zu sein. Eine solche



parteilich unabhängig Form politischer Stellungnahme ist als politische Neutralität zu verstehen.

Politik und Sport: Verbindungen, Spannungsfelder, Erwartungen von Prof. Dr. Gunter A. Pilz

Der langjährige fachliche Berater des deutschen Fußballbunds und Vorsitzende des Netzwerks Sport und Politik, Fairness und Menschenrechte sieht die politischen Einflüsse auf den Sport als gegeben an. Auch für ihn steht eine parteipolitische Neutralität der Sportorganisationen außer Frage. Der Sport kann und muss sich seiner Meinung nach aber äußern, wenn es um Menschenrechte oder Themen wie Corona oder die Energiekrise mit den Auswirkungen auf das Sportsystem geht.

Allerdings sollten Sportvereine bei allen gesellschaftspolitisch wichtigen Themen das Kerngeschäft nicht vergessen und sich darauf konzentrieren. Das Angebot von Sport und Bewegung steht im Zentrum des Vereins. Ehrenamtliche sind oft durch die hohen Anforderungen und Erwartungshaltungen von Seiten der Politik und Öffentlichkeit teilweise überfordert. Sportvereine sind keine erzieherischen Institutionen, die explizit der politischen Bildung dienen. Diese Anspruchshaltungen kommen oft von außen (z.B. von Kommunen), welche politische Verantwortung auf Sportvereine übertragen. In diesem Zusammenhang fördert der Bund den Sport mit immer neuen Programmen. Beispiele dafür sind die beiden Programme „Demokratie stärken“ und „Vielfalt durch Teilhabe“. Beide Programme gehen einerseits über die Kernkompetenz des Sportangebots eines Vereins hinaus, andererseits wird den Vereinen keine professionelle Begleitung bereitgestellt, ebenso fehlt es an Unterstützung bei der Vernetzung zur nachhaltigen Umsetzung dieser Programme ([dsj zum Koalitionsvertrag: Demokratieförderung](#)). Für solche Unterstützungsmaßnahmen bilden die Sportverbände durchaus Experten aus, die Vereine bei Umsetzungsfragen von politischen Bildungsmaßnahmen hinzuziehen können. Die aktive Nachfrage der Vereine nach solchen Experten ist allerdings gering, da einerseits Programme unter den Vereinen eher wenig bekannt sind und eine Anfrage auf Unterstützung auch immer ein Eingeständnis einer Nichterfüllung der Erwartungshaltungen impliziert.

Ein besonderes Problem stellt vor dem der Grundsätze der nationalen und internationalen Sportverbände die Vergabe von Wettkämpfen dar. Allerdings ist zum einen fraglich, ob die Boykottierung dieser Wettkämpfe überhaupt einen Einfluss auf Veränderungen im Gastgeberland hat. So haben sich einer Anfrage der FDP im Bundestag zufolge die Menschenrechte in Gastgeberländern in Folge von sportlichen Großereignissen nicht verbessert. Wichtiger sei es daher, auf die aktuellen menschenrechtsbezogenen Standards in den jeweiligen Ländern aufmerksam zu machen und öffentliche politische Diskussionen darüber zu führen. Außerdem sollen Durchführungsbestimmungen für Gastgeberländer vorgegeben werden.



Erkenntnisse aus der Diskussion mit politischen Vertretern

In der zweiten Hälfte des Wissenschaftsforums waren MdL Manuel Hailfinger sowie der Oberbürgermeister der Stadt Göppingen, Alexander Maier, als Vertreter der Landes- und Kommunalpolitik zur Diskussion eingeladen. Die sportpolitische Perspektive wurde durch den Präsidenten des WLSB vertreten, der als Bürgermeister der Stadt Maulbronn gewissermaßen eine Doppelfunktion einnahm. Die Leitung der Diskussion übernahm Prof. Dr. Ansgar Thiel.

Die Frage, ob der organisierte Sport politisch ist, wurde von den Diskutanten einhellig bejaht. Lediglich bei der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns der Sportorganisationen und ihrer Repräsentanten (vor dem Hintergrund aktueller allgemeinpolitischer Dynamiken) sowie der Idealvorstellung politischen Handelns gab es unterschiedliche Meinungen.

Im Folgenden werden Auszüge aus der Diskussion zusammenfassend berichtet.

Nationale und internationale Politik, der DOSB und die Bundesfachverbände

Die Verbindungen von Sport und Politik sind derzeit auf besonderem Prüfstand, sowohl national als auch international. Sportliche Großveranstaltungen, wie Olympische Spiele oder internationale und nationale Meisterschaften, können der infrastrukturellen und gesellschaftlichen Entwicklung eines Landes, einer Region oder einer Kommune nutzen, wenn der Umgang mit den verwendeten Ressourcen von Beginn an nachhaltig gestaltet wird. Geschaffene Sportstätten und Unterkünfte können im Anschluss an die Wettkämpfe für die Allgemeinbevölkerung geöffnet werden, sozialen Wohnraum bieten und einen zusätzlichen Freizeitwert in der Region schaffen. Die Erfahrungen (z.B. Barcelona, München, London, Peking, Rio, Pyeongchang) zeigen, dass sich sportliche Großereignisse sowohl förderlich für die lokale, regionale, kulturelle, wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung auswirken können, gleichzeitig aber häufig auch Folgeprobleme nach sich ziehen, die einerseits aus Gentrifizierungs- (z.B. Verdrängung von sozial schwächer Gestellten aus zentralen Wohngebieten), andererseits aus ökologischen Belastungen (Versiegelung, Umweltverschmutzung, Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß, Zerstörung von natürlichen Lebenswelten durch Sportstättenbau etc.) resultieren.

Besondere Aufmerksamkeit kam in der Diskussion der Frage nach der Bedeutung der Einhaltung von Menschenrechten durch ein potenzielles Gastgeberland als Voraussetzung für die Durchführung sportlicher Großereignisse zu. Dass internationale sportliche Großereignisse nur noch an demokratische Staaten vergeben werden, sehen die Teilnehmer der Diskussionsrunde als langfristig nicht zielführend. Eine Ausgrenzung nichtdemokratischer Staaten bei der Vergabe bedeutet für die Bevölkerung vor Ort keine Verbesserung, mehr noch, sportliche Großereignisse werden zu exklusiven Veranstaltungen von sozioökonomisch ohnehin schon besser gestellten Nationen. Auch ein Boykott der Veranstaltung zieht keine langfristigen



Veränderungen für die Menschen vor Ort nach sich. Events wie die Olympischen Spiele können durch eine gezielte Aufmerksamkeit und Berichterstattung dagegen aufgrund eines Drucks der Öffentlichkeit und einer offenen Kommunikation von Menschenrechtsverletzungen möglicherweise zu einer Verbesserung der Bedingungen im Gastgeberland führen.

Auch die Frage, ob Spitzensportler ihre Meinung äußern dürfen, war Gegenstand der Diskussion. Hier war die einhellige Meinung, dass Spitzensportler als Bürger das Recht besitzen müssen, ihre Meinung zu äußern, solange dies verfassungskonform ist und nicht anderen gesetzlichen Vorgaben (z.B. Strafrecht etc.) widerspricht, allerdings müssen sie mit den Konsequenzen leben.

Die Landespolitik, die Landesverbände und die Landesfachverbände

Der Sport Baden-Württemberg ist in vier überfachlichen Landesverbänden organisiert. Der Landessportverband BW verantwortet insbesondere den Spitzensport im Bundesland, wohingegen der Württembergische Landessportbund sowie der badische Sportbund Nord und der badische Sportbund Freiburg überwiegend für den Breitensport sowie die Aus- und Fortbildung der Ehrenamtlichen und Freiwilligen in den Vereinen zuständig ist.

In Zeiten der Corona-Pandemie ist die Verbindung von Sport und Politik durch die Schließungen der Sportstätten und weitere Maßnahmen noch deutlicher geworden. Über die Corona-Politik der Bundes- und Landesregierungen sowie die sportpolitischen Reaktionen wurde beim Wissenschaftsforum durchaus kontrovers diskutiert. Die Logik der Politik bei den Maßnahmen während der Corona-Pandemie lag in der Vermeidung von Kontakten über alle gesellschaftlichen Aktivitäten hinweg, der Sport war hier keine Ausnahme. Entscheidungen wurden offenbar vor allem auf „oberster Ebene“ getroffen, auch die Abgeordneten des Landtags wurden in die Erarbeitung der Maßnahmen wenig eingebunden, weshalb der übliche Weg der Lobbyarbeit eingeschränkt war. Die Landesregierung hat relativ kurzfristig Verordnungen im Parlament vorgestellt, eine aktive Einflussnahme und Einbindung der Interessensgemeinschaften war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Die Pandemie stellte aus Sicht der Diskutanten eine Ausnahmesituation dar, welche allerdings für die Folgezeit einen Lerneffekt im Umgang mit dem organisierten Sport in Sondersituationen haben muss.

Grundsätzlich besteht allerdings die Möglichkeit, dass Sportverbände ihre Anliegen und die ihrer Mitgliedsorganisationen in themenspezifische Ausschüsse des Landtags einbringen. Für den organisierten Sport ist dabei der Ausschuss „Kultus, Jugend und Sport“ von besonderer Relevanz. Dabei bietet der Ausschuss nicht nur die Möglichkeit, aktuelle direkt und indirekt sportrelevante allgemeinpolitische Entscheidungen zu kommentieren, sondern auch proaktiv die eigenen Interessen in die landespolitischen



Entscheidungsgremien einzubringen. Hinsichtlich der politischen Einflussnahme durch den organisierten Sport auf Landesebene ist der LSV BW, in Abstimmung mit den drei weiteren Sportverbänden, das Sprachrohr und hat die Aufgabe politische Entscheidungen kritisch zu hinterfragen. Dabei können nicht alle individuellen Bedürfnisse jedes Vereins in Baden-Württemberg berücksichtigt werden. Vielmehr sind politische Entscheidungen oftmals das Resultat einer Aushandlung von Kompromissen, bei denen nicht nur sportspezifische, sondern auch andere thematische Belange, die durchaus in einem konfliktären Verhältnis zueinanderstehen können, berücksichtigt werden müssen.

Kommunalpolitik und die Vereine und Sportkreise vor Ort

Die Verbindungen von Sport und Politik sind vor Ort oftmals noch stärker und direkter als auf Landesebene. So ist der regionale Sportverein ein wichtiger Treffpunkt für Gemeindemitglieder und dient neben dem Sporttreiben auch als sozialer Interaktionspunkt. Die Vertreter der Kommunalpolitik, aus Gemeinderat und/ oder Kreistag sowie die Landtagsabgeordneten der Wahlkreise sind in ihren Heimatorten nicht selten aktive Mitglieder im Sportverein oder übernehmen Funktionärsämter.

Trotz dieser grundsätzlich vielversprechenden Vernetzungen haben die Sportvereine bei der finanziellen Förderung oder der Vergabe von Hallen in kommunalpolitischen Aushandlungsprozessen nicht selten das Nachsehen. Finanzielle Ressourcen und Flächen sind begrenzt und an die Vergabe von Mitteln werden häufig unterschiedliche Interessen in der Gemeinde geknüpft. Der Wettkampfsport kann insofern kommunalpolitisch relevant sein, als dass die Meisterschaft einer Mannschaft und der Aufstieg in höhere Spielklassen nicht selten zu einer Verbesserung der Attraktivität des Standorts für die Bevölkerung nach sich zieht und damit auch für die Kommune einen positiven Werbeeffect haben kann. Allerdings kann dies auch Investitionen in Sportstätten oder gar Forderungen von Seiten der Vereine nach sich ziehen, die Kommunen vor Probleme stellen (z.B. Bau neuer oder größerer Sportstätte aufgrund von Vorgaben der höheren Spielklasse). Der Einsatz zusätzlicher Finanzmittel muss aber in Abwägung anderer kommunaler Anliegen stattfinden und ist vor diesem Hintergrund nicht selbstverständlich.

Nicht nur der Einsatz finanzieller Mittel hinsichtlich von Investitionen, sondern auch die Nutzung kommunaler Sportstätten werden durch politische Entscheidungen beeinflusst und haben unmittelbare Konsequenzen für den Sportverein vor Ort. Ein Beispiel ist die wiederholte Nutzung von Sporthallen als Notunterkunft für Geflüchtete und die damit verbundenen Einschränkung des Sportbetriebs für alle Altersgruppen. Welche dramatischen Folgen dies für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen haben kann, hat das Wissenschaftsforum 2021 zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie gezeigt.



Mit der Energiekrise werden die Kommunen und Landkreise erneut vor die Herausforderung gestellt, Sporthallen als Notunterkünfte bereitzustellen und laufende Sportangebote dadurch reduziert werden müssen. Mit dem Engpass an Energieressourcen folgen weitere Beeinträchtigungen, die bereits jetzt zu spüren sind. So entscheiden immer mehr Kommunen und Landkreise, das Duschen in den Sporthallen zu untersagen und die Temperaturen in der Sportstätte nach unten zu regulieren, was wiederum Auswirkungen auf Sportangebote hat, aber teilweise nicht im Entscheidungsermessen der Kommune selbst liegt und von den Sportorganisationen kaum beeinflussbar ist.

Bei den Funktionsträgern in Vereinen oder Verbänden handelt es sich um gewählte Personen. Vereine und Verbände können daher vom Prinzip her durchaus durch Funktionsträger als Bühne für politische Meinungsäußerungen genutzt werden. Allerdings wird die Beliebigkeit solcher Äußerungen durch die normativen Grundsätze von Vereinen und Verbänden begrenzt, da die Mandatsträger die Einhaltung der organisatorischen Werte und der Interessen der Mitglieder nicht nur wahren, sondern auch schützen müssen. Dabei stellt das sogenannte „Toleranzparadoxon“, d.h. Toleranz gegenüber intoleranten Personen, eine besondere Herausforderung dar. So ist es für Sportorganisationen nicht zuletzt aufgrund der Heterogenität ihrer Mitglieder häufig schwierig, die in den Vereinen und Verbänden existierenden differenten politischen Orientierungen demokratisch einzubinden und dennoch potenziellen Grenzüberschreitungen keine Bühne zu bieten. Grundsätzlich versteht sich der Sport als offene Gemeinschaft, welche sich allerdings klar gegen Handlungen (auch außerhalb des organisierten Sporttreibens) positioniert, die nicht mit den Grundwerten der Vereine, Verbände und des Rechtsstaats übereinstimmen.

Folgerungen für WLSB- Vereine

Die Vorträge der Experten sowie die Diskussion am Nachmittag haben gezeigt, dass Sport und Politik in einer engen und notwendigen Verbindung stehen, die sowohl auf einem gemeinsamen Wertegerüst als auch Vernetzungen handelnder Personen beruht. Häufig sind politische Akteure als Sporttreibende oder Vorstandsmitglieder gleichzeitig auch Repräsentanten des Sports, womit zumindest das Potential für politische Einflussnahme in Kommunen und auf Landesebene zugunsten einer Durchsetzung von Interessen des Vereins gegeben ist.

Vereinen ist zu raten, diese Verbindung aktiv zu nutzen. Über den regelmäßigen Kontakt zum Gemeinderat/Stadtrat oder einem Sitz in diesen Gremien können die Interessen der Sportvereine vor Ort in den Fokus gerückt werden. Bei Finanzierungsvorhaben kann diese Einflussnahme entscheidend sein. Da finanzielle Mittel von Kommunen begrenzt sind, finden bei konkurrierenden Vorhaben immer politische Abwägungen statt, welches Projekt finanziell unterstützt wird. Hier kann die



politische Einflussnahme durch Vertreter der Sportorganisationen in den Kommunalparlamenten essenziell sein.

Die Landkreise sind über Abgeordnete im Landtag vertreten. Über den Kontaktaufbau zu den Abgeordneten können Anliegen der Vereine zu übergeordneten Themen, wie zuletzt die Coronamaßnahmen oder den Umgang mit der Energiekrise, in die landespolitische Diskussion eingebracht werden, um die Durchsetzung von Interessen des Sports in BW auch gegenüber konkurrierenden nicht-sportbezogenen Interessen zu sichern. Dies kann entweder über die direkte Ansprache von Abgeordneten über offene Briefe oder auch über die Einladung der politischen Vertreter*innen in den Verein zu einer Feier, einem Spiel der ersten Mannschaft o.ä. erfolgen.

Grundsätzlich ist von Seiten der Vereine und Verbände allerdings immer auch mit zu bedenken, dass nicht alle Wünsche und Forderungen von Sportorganisationen an die Politik (z.B. Erhöhung von Hallenkapazitäten) unmittelbar erfüllt werden können.

Für die abschließende Zusammenfassung

gez.:

Ansgar Thiel

Sprecher des WLSB-Wissenschaftsforum



Am WLSB-Wissenschaftsforum 2022 waren beteiligt:

Prof. Dr. Ansgar Thiel
(Uni Tübingen – Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät)

Prof. Dr. Andreas Nieß
(Universitätsklinikum Tübingen – Ärztlicher Direktor Sportmedizin)

Prof. Dr. Annette Hofmann
(PH Ludwigsburg – Leitung Abteilung Sport)

Prof. Dr. Stefan König
(PH Weingarten – Fachsprecher Abteilung Sportwissenschaft)

Andreas Felchle
(WLSB Präsident, Bürgermeister Maulbronn)

Rolf Schmid
(LSV Vorsitzender der Kommission Sport und Bildung; WLSB Vizepräsident Bildung)

Prof. Dr. Volker Schürmann
(Deutsche Sporthochschule Köln)

Prof. Dr. Gunter A. Pilz
(Netzwerk Sport und Politik)

Manuel Hailfinger
(MdL, WLSB Vorstand, Vorsitzender SK Reutlingen)

Alexander Maier
(Oberbürgermeister Göppingen)

Jürgen Heimbach
(WLSB Geschäftsführer Bildung, Schulleiter Landessportschule Ruit)

Astrid Moser
(WLSB Geschäftsbereichsleiterin Bildung, Wissenschaft und Schulen)

Ann-Kathrin Bühler
(WLSB Geschäftsbereich Bildung, Wissenschaft und Schulen)

Phillip Perus
(WLSB Studienleiter)

Stefan Anderer
(WLSB Geschäftsbereichsleiter Sport und Gesellschaft)